

Genossenschaft = Information und Selbstverwaltung

Autor(en): **Ebel, Hans-Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **63 (1988)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-105640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Genossenschaft = Information und Selbstverwaltung

Politik, so lautet ein geflügeltes Wort, sei ein schmutziges Geschäft. Diese angebliche Lebensweisheit wird an Stammtischen täglich neu bekräftigt und mit einer Fülle von Horrornachrichten über Ämterpatronage, sonstige Bestechungen, Lügen und Intrigen scheinbar belegt. Stammtischbrüder, die sich über diese angeblich speziellen Bedingungen des politischen Handelns nicht ausgiebig genug aufregen können, tragen als Angehörige des mittleren Managements in Unternehmungen, als Vorstände in Vereinen und Verbänden oder als Vorstandsmitglieder in Wohnungsgenossenschaften oft genug selbst Organisationsverantwortung. Die lässlichen wie die Todsünden, deren sie die Politiker so pharisäerhaft zeihen, begehen sie vielleicht tagtäglich selbst.

Trotz der Überfülle anderslautender Willenserklärungen hat sich herzlich wenig an gewissen Strukturen und Abläufen innerhalb unserer Gesellschaft geändert, deren vergleichsweise harmloseste Form mit der bündigen Formel «Herrschaft durch Verschweigen» gekennzeichnet werden kann. Erwünscht ist gerade so viel Offenheit, wie man benötigt, um vor anderen gut dazustehen. Und die biedermeierliche Reputation könnte schon gefährdet sein, wenn man potentielle Leserbriefschreiber oder mögliche Frager in Koloniekommissionen zu präzise informiert.

Wer solche Praktiken beklagt, sollte mit der Abhilfe dort beginnen, wo er/sie Verantwortung trägt. Die Tatsache, dass es eine *neue* Genossenschaftsbewegung gibt, weist uns darauf hin, dass die «alten» Genossenschaften für viele Menschen ihre innere Überzeugungskraft eingebüsst haben. Sie sind *ein* Typus mitgliederschaftlich organisierter Verbände unter vielen anderen und damit verwechselbar geworden. Das Gesetz, unter dem sie angetreten sind, ihr Lebenselixier, nämlich die solidarische Gemeinschaftlichkeit, ist oft entweder einer bürokratisierten Bestandesverwaltung gewichen oder fast bis zur Unkenntlichkeit verkümmert. Häufig jedenfalls fällt es den Genossenschaftlern schwer, sich mit ihrer Genossenschaft zu identifizieren; an die Stelle des «Wir» ist das «Ihr-da-oben» getreten.

Nicht zuletzt angesichts der demographischen Entwicklung wird auch in den genossenschaftlichen Wohnungsunternehmungen zunehmend be-

tont, wie bedeutsam und nützlich die Werbung und die nach aussen gerichtete Öffentlichkeitsarbeit seien. Ein erhebliches Gewicht muss aber daneben auch der sogenannten «internen Öffentlichkeitsarbeit» eingeräumt werden. Dieser Begriff betont die Notwendigkeit, das Klima des Vertrauens zuerst gleichsam im eigenen Hause zu schaffen, bevor man daran geht, Dritte zu motivieren. Welchen Nutzen hätte die beste Öffentlichkeitsarbeit, wenn beitriftswillige Aussenstehende von Mitgliedern der Genossenschaft überwiegend Negatives oder auch nur verächtlich Gleichgültiges zu hören bekämen? Die gelungenste Werbeanzeige, der positivste Pressebericht werden wirkungslos, wenn die dadurch zur Kontaktaufnahme mit der Genossenschaft bewogenen Aussenstehenden in den Geschäftsräumen nach langen Wartezeiten unhöflich behandelt oder wenn sie von dem um Information gebetenem Mitglied darauf hingewiesen würden, wie unterschiedlich die Genossenschafter bei der Bitte um den Einbau einer neuen Badewanne behandelt werden.

«Interne Öffentlichkeitsarbeit» bedeutet vor allem, Handlungsbedingungen und -strukturen sichtbar zu machen, die Mitgliedschaft über gesellschaftliche, politische und rechtliche Gegebenheiten, Veränderungsnotwendigkeiten und -wünsche zu informieren. Es gilt vor der Mitgliedschaft auszubreiten, wie Entscheidungen zustande kommen und von welchen – oft gegensätzlichen – Positionen aus sie angestrebt werden.

Zweierlei könnte eine solche interne Öffentlichkeitsarbeit bewirken. Zum einen wären sie imstande, den Genossenschaftsgedanken in die heutige Zeit hinein transparent zu machen, die Konturenlosigkeit zu überwinden, die Ursprünge zu aktualisieren: Genossenschaft – das ist nicht nur eine Unternehmens-, sondern eine Lebensform, entstanden aus der Notwendigkeit, Selbsthilfe zu leisten. Und die Prognostiker machen uns doch Mut: Sie rechnen für die Zukunft mit einer Zunahme des Selbsthilfeprinzips, mit der Zurückdrängung grosser Institutionen und ihrer menschenfernen Bürokratien.

Zum anderen würde die immer stärker werdende Entfremdung des einzelnen Mitgliedes von den direkt oder indirekt gewählten Organen ebenso gemindert wie die beängstigende Beziehungslosigkeit

innerhalb des jeweiligen Wohnbereiches. Psychologen meinen, der regelrecht manische Wunsch nach weiterer Individualisierung sei eine Reaktion darauf, dass die Menschen ständig weniger Einfluss auf ihre Lebenssphäre nehmen könnten. Wir alle müssten es demnach (wieder) lernen, uns Fremdbestimmungen zu entziehen, gleichzeitig aber konsensfähig zu werden, Kompromisse zu schliessen, aufeinander zuzugehen, ein neues Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln.

Verantwortung umschliesst bereits in seiner etymologischen Bedeutung das Wechselspiel von Frage und Antwort. Verantwortung vermag nur derjenige überzeugend zu tragen, der antworten soll, der gefragt wird. Und zur fundierten Antwort bedarf es des Wissens um Zusammenhänge. Nur der informierte Bürger taugt zum verantwortungsbewussten Demokraten, nur der informierte Genossenschafter sieht einen Sinn in tätiger Mitwirkung.

Der Spar- und Bauverein eG Solingen macht seit vielen Jahrzehnten ermutigende Erfahrungen mit

- der Selbstverwaltung der Häuser und Wohnungen durch die Bewohner,
- der Herausgabe einer Mitgliederzeitschrift.

Beide Formen des genossenschaftlichen Miteinanders praktizieren wir seit 1921. Unsere Genossenschaft bildet gleichwohl in dieser Gesellschaft keine Insel der Seligen. Viele der hier beschriebenen Ermüdungs-, Bürokratisierungs- und Entfremdungstendenzen sind auch bei uns offenkundig. Wenn wir trotzdem unverwechselbar geblieben sind, so liegt dies nicht zuletzt an einer konsequent offenen Informationspolitik und an der motivierenden Wirkung selbstverwalteten Wohnens.

Der Autor ist Leiter des Schulverwaltungsamtes der Stadt Solingen (164 000 Einwohner). Er wirkt auch als Lehrbeauftragter für kommunales Verfassungsrecht und als Vorstandsmitglied des Spar- und Bauvereins Solingen (eingetragene Genossenschaft).